

Netzwerk gegen Rüstungsforschung gegründet

Kongreß in Braunschweig für Zivilklauseln an Hochschulen: Alle Fachrichtungen sind betroffen

Von Claudia Wangerin

An der Technischen Universität Braunschweig hat am Wochenende der erste Kongreß gegen Rüstungsforschung seit über 20 Jahren stattgefunden. Die Veranstaltung endete mit der Gründung des bundesweiten Netzwerks »Hochschulen für den Frieden! – Nein zur Kriegsforschung! – Ja zur Zivilklausel!« Die Universitäten sollen sich demnach in ihren Satzungen verpflichten, Forschung und Lehre nur zu zivilen Zwecken zu betreiben. Über 100 kritische Wissenschaftler, Studierende und Gewerkschafter forderten in der Abschlusserklärung »friedliche und zivile Hochschulen, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden«. Gegenwärtig werde an über 40 dieser Einrichtungen in der BRD Forschung für den Krieg betrieben: »Keine Fachrichtung bleibt zivil. Werkstoff- und Laserforschung, Satellitensysteme, Informations- und Nachrichtentechnik, Robotersysteme, Medizin- und Pharmaforschung, Optik und Nanotechnologie, Sport und Sozialwissenschaften, alle Fachrichtungen sind im Fokus der Militärforschung.« Die dafür angeordnete Geheimhaltung beschränke Transparenz und Mitbestimmung an den Bildungseinrichtungen. »Wir wollen sinnvolle Beiträge zur friedlichen Lösung der Probleme und Konflikte dieser Welt leisten«, so die Kongreßteilnehmer. Zur gesellschaftlichen Verantwortung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern für den Frieden und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen müsse es eine breite Diskussion geben. Über Zivilklauseln verfügen bereits Hochschulen in Bremen, Berlin, Dortmund, Konstanz, Oldenburg und Tübingen. An weiteren Einrichtungen werden sie von Studierenden und Wissenschaftlern angestrebt oder eingefordert. Zu den Veranstaltern des Kongresses in Braunschweig zählten Organisationen wie der Studierendendachverband FZS, die Naturwissenschaftlerinitiative für den Frieden sowie die Gewerkschaften ver.di und GEW.